

Die Autokraten, der autoritäre Charakter und der Kampf um Liberalität, Weltoffenheit und Humanität

von Ernst Dieter Rossmann und Behrang Samsami



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © SPD - STEFFEN JAENICKE



↳ Dr. Behrang Samsami ist freier Journalist, Literaturwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Bundestagsbüro von Ernst Dieter Rossmann.

Foto: privat

Die gestohlenen Hoffnungen, die Vereinfacher und die Verarbeitungs- und Gestaltungskompetenz

Die großen Autokraten dieser Welt wie ihre geistesverwandten Mächtigen-Adepten in Europa haben eines gemeinsam: Eine krasse Vereinfachung der komplexer werdenden Welt. Gegen die Globalisierung setzen sie Nationalismus und Abschottung ihres Landes. Statt humaner konstruktiver Lösungen für den Umgang mit Migration und die Förderung von Integration, kehren sie den Wert von Heimat und Region gegen Ausländer, andere Religionen und das Fremde an sich. Statt neue zukunftsfähige Wege einzuschlagen, richten sie die Hoffnung vieler Menschen auf eine Restauration der Vergangenheit im sozialen und gesellschaftlichen Leben, in Kultur, Ökonomie und Politik. Und zwar im Zeichen von Distinktion, Diskriminierung und Rassismus. Die gestohlene eigene Hoffnung in der Hoffnungslosigkeit für andere zu gewinnen ist dabei ebenso wohlfeil wie verhängnisvoll.

Auch in Deutschland versuchen Rechts-extreme und Rechtspopulisten Zukunfts- und Abstiegsängste durch Schuldzuweisungen gegen „den Staat“, „die Demokratie“, „die Flüchtlinge“ und „den Islam“ für sich zu instrumentalisieren. Diese Ängste und Abwehrhaltungen sind nicht zuletzt die Folge eines entfesselten globalen Kapitalismus mit Disruptionen von der Produktion über die Kommunikation

bis zur Mobilität. Die Schnelligkeit der ökonomischen Veränderungen und die globalen Abhängigkeiten von Standortentscheidungen und Arbeitsplatzsicherheit, die Spaltungen im Einkommen und Sozialstatus, die Unterschiedlichkeit in den Entwicklungen von Metropolen und Provinz wie die wachsende kulturelle und religiöse Diversität sind fundamental. Sie erfordern nicht nur eine hohe individuelle „Kontingenztoleranz“ (Michael Makropoulos), d.h. das persönliche Verarbeiten von Unerwartetem in Zeiten großer Umwälzungen. Sie verlangen darüber hinaus auch nach einer starken gesellschaftlichen und politischen Gestaltungskompetenz, d.h. das gemeinschaftliche demokratische Bearbeiten dieser Disparitäten im Sinne von Teilhabe, Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit.

Jenseits besserer Politik im Grundsätzlichen wie im Konkreten braucht es zum schrittweisen Aufbau stabiler „Kontingenztoleranz“ und Bereitschaft zur Mitgestaltung von Demokratie und öffentlichen Angelegenheiten gerade auf Seiten der linken Parteien und Akteure eine andere Form der persönlichen Biographie und politischen Identität, der programmatischen Erzählung, der Sprache der Bilder und der Rhetorik und vor allen Dingen einen neuen Respekt gegenüber dem realen Leben der Menschen. Es geht um die Antithese zu den die Menschen nivellierenden Paradigmen des globalen Shareholder-Kapitalismus und seinem Zwilling, der technokratischen

Sachzwang-Politik. Und es geht biographisch um das im weitesten Sinne politische Lernen als Fundament demokratischer Partizipation, dem sich die politische Linke gerade in der Auseinandersetzung mit dem bildungspolitischen Rollback von rechts und ihren populistischen Mitläufern und deren schwarzer Pädagogik wieder stärker zuwenden muss.

Kann die Linke noch überzeugend kämpfen und Respekt und Hoffnung geben?

„Hat die Linke das Kämpfen verlernt?“ fragte Anton Hofreiter kürzlich mit Blick auf die aufkommende Rechte in Amerika und Europa. Und er mahnte: „Wer sozialen Frieden und kulturelle Anerkennung gegeneinander ausspielt, hat bereits vor der neuen Rechten kapituliert.“ Recht hat er: Und er wirft doch zugleich die Frage auf, ob die politische Linke über ihre historische Kernkompetenz in der Analyse von ökonomischen und sozialen Widersprüchen und ihrem Kampf für eine andere solidarische ökonomische Ordnung und mehr Gerechtigkeit bei Verteilung und Teilhabe noch genügend kulturelle Aufgeschlossenheit, Liberalität und Anerkennung mobilisieren und Hoffnung geben und Respekt und Anstand vermitteln kann.

Wenn denn aktuell die rechten Autokraten die Öffentlichkeit mit ihrer Agenda vermeintlich zu beherrschen scheinen, gibt es gleichwohl auch starke Gegenkräfte. Und zwar nicht nur mit Macron und seiner Bewegung in Frankreich als quasi Cross-over-Projekt der Mitte. Auch die linke Alternative hat hier Bewegungen und Parteien vorzuweisen, die Begeisterung für sich und ihre Sache mobilisieren können, weil sie durch starke Persönlichkeiten vertreten werden wie den parteilosen Bernie Sanders in den USA, der sich nicht durch das ökonomische System und seine Abhängigkeiten korrumpieren lässt, oder wie den sozialistischen Ministerpräsidenten Antonio Costa in Portugal, der aus einer profilierten linken Biographie als Hauptstadtbürgermeister wie als Abgeordneter und Minister ein offenes Bündnis linker Kräfte schmieden konnte. Und nicht zuletzt auch die Begeisterung, die Martin Schulz mit seiner Nominie-

rung auslösen konnte, belegt das Bedürfnis nach kämpferischen Hoffnung lebenden und Hoffnung gebenden linken politischen Köpfen, die sich vor allen Dingen durch die Kraft zur Empathie auszeichnen. Einfühlung, Anerkennung und Respekt sind dabei nicht nur auf der Ebene von Arbeit, Einkommen und sozialer Lage gefordert, sondern genauso in Bezug auf die Lebenswelten von Familie, Partnerschaft, Alter, biographischer Entwicklung und Identität.

„Der Bürgermeister von Würselen“, zugleich Präsident des Europäischen Parlaments und Internationalist aus Überzeugung, ist dabei nicht die Antithese im sogenannten Eliten-Bashing, wie es von den Eliten um Trump über Le Pen bis zur AfD in seltsamer Paradoxie gerne gepflegt wird. Ein Typus wie Martin Schulz, der jetzt durch geeignete Persönlichkeiten auf jeder politischen Ebene gefordert und notwendig ist, stellt sich vielmehr ins Zentrum des Spannungsfeldes von Metropolen und Provinz, von Städten und Dörfern, und bietet in seinen biographischen Ämtern wie seinen biographischen Brüchen eine Synthese von persönlichen Resilienz und Aufstieg, von politischem Herkommen und Repräsentanz, die zur Identifikation einlädt und Heimat, Nähe, Sorge füreinander und Anerkennung positiv belegt. Die seinerzeitige Unterscheidung von Erhard Eppler, was Wertkonservatismus und Strukturkonservatismus betrifft, gewinnt gerade in der tiefgehenden Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich verunsicherten Menschen, die links nicht mehr die Wärme und Sicherheit finden, die ihnen rechts scheinheilig vorgegaukelt wird, eine neue Bedeutung. Mit eigener Haltung und Vernunft anderen den Halt geben, damit sie sich wieder stärker ihrer Vernunft bedienen können, muss linker Gestus werden, um autokratische Haltlosigkeit und populistische Unvernunft zu durchbrechen.

Der autoritäre Charakter, die Kraft der Bildung und das Erlernen von Liberalität, Toleranz und Weltoffenheit

Die Kategorie des „autoritären Charakters“ ist in vorfaschistischen Zeiten am berühmten

Frankfurter Institut für Sozialforschung entwickelt worden und beschreibt ein bestimmtes Muster an sozialen Einstellungen bzw. Persönlichkeitseigenschaften von Konformität, Destruktivität, Rassismus und Ethnozentrismus, aber auch Unterwürfigkeit gegenüber einer repressiven Ordnung und Ausbeutung. Diese persönlichkeitspsychologische Deformation ist dabei nicht identisch, aber von den Personen her vielfach deckungsgleich mit dem kognitiven Muster des geschlossenen rechtsextremen Weltbildes, wie es regelmäßig in den Sinus-Studien erhoben worden ist, und für Deutschland ein Potential ausweist, das noch deutlich über das AfD-Wählerpotential hinausreicht. Dabei steht Deutschland hier weder allein noch an der Spitze im europäischen Vergleich.

Die AfD reiht sich dabei ein in die ebenso elitäre wie diskriminierende wie bigotte Bildungspolitik, wie sie in anderen europäischen Ländern mit Rechtskonservativen und Rechtspopulisten in der Regierung schon besichtigt werden kann. Merkmale dieser „schwarzen Pädagogik und Retro-Politik“ sind in ihren Beschlüssen klar erkennbar: Die zwanghafte Fixierung auf die eigene Sprache bis hin zur Renationalisierung von Wissenschaft sind dabei genauso auf der Agenda wie geradezu panische Reaktionen auf die Vielfalt von Sexualität und die vermeintliche Sexualisierung von Kindern, die Diffamierung von Gleichberechtigung als „Gender-Mainstreaming“ genauso wie die Distanzierung von inklusiver und integrativer Schule. Elitenansprüche werden verbunden mit einer Wiederbelebung von Begabungstypen und Misserfolgspädagogik als Organisationsprinzipien von Schule. Auch in Deutschland gibt es ein relevantes Potential für ein solches bildungspolitisches Rollback.

Wenn diese Kräfte abgewehrt und dieses Potential abgebaut werden soll, wird die kognitive Dimension allerdings nicht alleine im Fokus bleiben dürfen. Dies ist die Erkenntnis aus den sozial- und persönlichkeitspsychologischen Studien früherer Umbruchzeiten. Kommunikationswelten und Medien, außerschulische Jugendbildung und Sport bis hin

zu den Formen von Berufsbildung und Studium müssen im Blick bleiben, um zusammen mit pädagogisch starken Institutionen, qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen und einem integrierenden Umfeld persönliche Identität und Stärke, Empathie und Verantwortungsgefühl, Akzeptanz von Diversität und Leben von Toleranz bei Kindern so stark zu verankern, dass diese eigene Kräfte gegen die Verführungen des autoritären Charakter aufbauen können. Nicht zuletzt die Stärkung der politischen Bildung in den Schulen sollte der Linken neue Initiativen wert sein. Denn Demokratie muss immer wieder neu gelernt werden. Und europäisches Bewusstsein und Weltoffenheit stellen sich auch nicht von alleine oder über Urlaubsreisen nach dem All-inclusive-Prinzip her. Wie sagte der linke Grüne Anton Hofreiter so richtig: Sozialer Friede und kulturelle Anerkennung gehören als Anspruch in linken Zukunftskonzepten bindend zusammen. Das sollte sich dann auch in der Breite linker Diskurse und der Tiefe linker Kampagnen und Reform-Projekte niederschlagen. ■